

Jv 4.128-2/03-8

Der gemäß §§ 38 und 47 Abs2 GOG beim Oberlandesgericht Graz gebildete Begutachtungssenat gibt zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem vorübergehende Maßnahmen im Bereich des Strafaufschubs getroffen werden (Budgetbegleitgesetz 2003) nachstehendes

G u t a c h t e n

ab:

Der Anstieg der Gefangenenzahlen steht in Korrelation zu einer Reihe legislativen Maßnahmen, die deutliche Verschärfungen des Strafrechts zur Folge hatten. Beispielhaft sind im Bereich des Sexualstrafrechts die Neugestaltung des Abs 1 StGB durch die Einbeziehung des Beischlafs gleichzusetzender geschlechtlicher Handlungen (durch das StRÄg 1998) und die Erhöhung der Strafrahmen im Falle der Qualifikationen nach §§ 201 Abs 3 und 206 Abs 3 StGB (durch das StRÄg 2001) zu nennen; im Bereich des Suchtmittelrechts führte die Verschärfung des § 28 Abs 5 (BGBl I 2001/51) sowie die Absenkung der Grenzmenge auf drei Gramm Reinsubstanz im Falle von Heroin (vgl. die Suchtgift-Grenzmengengroß VO idF BGBl II 2001/14) zu deutlich strengeren Sanktionen. Auch das StRÄg 2002 beinhaltet eine wesentliche Strafrahmenerhöhung (vgl. § 278 c Abs 2 StGB). Schließlich wirkte sich besonders die Absenkung der Altersgrenze für jugendliche Straftäter auf 18 Jahre (§ 1 Z 2 JGG BGBl I 2001/19) dahinaus, dass eine bedeutende Tätergruppe strengeren Strafbestimmungen (§ 36 StGB) unterworfen wird. Von der in Aussicht genommene Möglichkeit eines erweiterten Strafaufschubs ist deshalb ein nachher zu erwartender Entlastungseffekt für die Justizanstalten nicht zu erwarten.

In der Lehre (vgl. Kunst StVG § 6 Anm V; Holzbauer/Brugger StVG § 6 Anm 1) und in der Rechtsprechung (vgl. Mayerhofer NStR⁴ § 6 E 8) wird übereinstimmend die Auffassung vertreten, dass ein Aufschub des Vollzugs von Freiheitsstrafen aus anderen Gründen als dem der Strafvollzugsuntauglichkeit des Verurteilten vom kriminalpolitischen Standpunkt aus nur innerhalb enger Grenzen vertretbar ist. Eine großzügige Praxis wird nicht nur vom Standpunkt der Generalprävention aus, sondern auch aus dem der Spezialprävention als verfehlt angesehen, weil dadurch der Strafvollzug vielfach bis zu einem Zeitpunkt hinausgeschoben wird, in dem er vom Verurteilten nicht mehr als gerecht empfunden werden kann. Daneben sprechen auch die tilgungsrechtliche Konsequenzen (§2 Abs1 TilgG) für den alsbaldigen Vollzug. Diese Auffassung wird auch vom Oberlandesgericht Graz in ständiger Rechtsprechung geteilt. Unter diesem Aspekt erscheint es unangemessen, auf die bisher in der Bestimmung

des § 6 Abs 1 Z 2 lit a StVG vorgesehene Interessenabwägung - wenn auch bloß vorübergehend (§ 2) - zu verzichten.

Gegen die in § 1 Z 1 und Z 2 vorgesehene Anhebung der Höchstgrenze der (vollziehenden) Strafe auf 18 Monate und die Ausdehnung der maximalen Aufsicht auf diesen Zeitraum bestehen keine weiteren Einwände.

Aus den dargelegten grundsätzlichen Überlegungen wäre jedoch einer Reduktion der bedingten Entlassung im Sinne einer Erweiterung ihrer Anwendungsmöglichkeit der Vorzug zu geben.

Sollte an der vorgeschlagenen Regelung festgehalten werden, wird auf die bei der Prüfung jedes Einzelfalles (§ 6 Abs 1 StVG im Einleitungssatz), dem Evidenzhalt der Fristen sowie dem Überwachen im Hinblick auf Widerrufsgünde (§ 6 Abs 4 StVG) die Gerichte entstehenden Mehraufwand hingewiesen.

G r a z , am 22. April 2003

Der Vorsitzende:

Dr. Wietrzyk